



Ausgabe: April 2020

Demokratie-Newsletter

Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»	2
2. Gerichtsurteile	3
2.1 Bundesgericht	3
2.2 Kantonale Entscheide	3
2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)	4
3. Neue Volksinitiativen	4
4. Publikationen	4
5. Dokumentation und Kontakt	6



1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»



02.04.2020

Der Griff nach der Allmacht – Die rechten Regierungen in Polen und Ungarn witen im Windschatten der Coronakrise Morgenluft: Budapest verabschiedet skandalöse Notstandsgesetze, in Warschau hält die PiS an den anstehenden Wahlen fest, um ihre Macht zu zementieren. ([Link](#))

NZZ

06.04.2020, S. 8

Der Notstand erzeugt einen eigenen Sog – Die Bundesrepublik Deutschland hat am 27. März weitreichende Möglichkeiten zur Einschränkung von Gewaltenteilung und Grundrechtsschutz in Kraft gesetzt. Manche sehen darin schon den Anfang vom Ende der liberalen Demokratie. Aber der Beachtung verfassungsrechtlicher Grundsätze kommt gerade im Fall der Krise, der Gemeingefahr und der Ausnahmelage grösste Bedeutung zu. ([Link](#))

NZZ

07.04.2020, S. 7

Notrecht und Demokratie: Darf der Bundesrat in demokratische Prozesse eingreifen? – Jegliches Abweichen vom geltenden Recht, sei es in Form der Polizeigeneralklausel oder eines ungeschriebenen Notrechts, birgt die Gefahr des Machtmissbrauchs. (Gastkommentar von Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Kley) ([Link](#))

NZZ

08.04.2020 (nur digital)

Entscheid des EuGH: Polen muss die Tätigkeit der umstrittenen Disziplinarkammer für Richter sofort aussetzen – Ein Kernelement der polnischen Justizreform, die Disziplinarkammer beim Obersten Gericht, darf vorerst nicht mehr tätig sein. Der EuGH hat einem entsprechenden Antrag der EU-Kommission stattgegeben. ([Link](#))

DIE@WELTWOCH

29.04.2020

Kommentare – Corona und der Verfassungsbruch – Der Bundesrat regiert das Land mit «Notrecht». Damit handle er gegen die Verfassung, sagt Staatsrechtler Andreas Kley. ([Link](#))

NZZ

30.04.2020 (nur digital)

Die Corona-Krise hat Defizite beim Parlament aufgezeigt. Für die Zukunft muss sich einiges verändern – Virtuelle Sitzungen müssen für Plenum und Kommissionen künftig immer möglich sein. Das Parlament sollte seine Stellung gegenüber dem Bundesrat in ausserordentlichen Lagen stärken. ([Link](#))



2. Gerichtsurteile

2.1 Bundesgericht



Urteil des Bundesgerichts vom 11. März 2020 (1C 408/2019)

Die Beschwerdeführenden wehren sich gegen den Entscheid des Kantonsgerichts Luzern, welches die Ungültigkeitserklärung ihrer kommunalen Volksinitiative schützte. Die Initiative bezweckt eine Nutzungsplanänderung einer Parzelle in der Gemeinde Greppen von der Gestaltungsplanpflicht in die Bebauungspflicht. Da der Nutzungsplan erst wenige Jahre besteht, sieht das Bundesgericht in der Initiative eine Verletzung der Planbeständigkeit von Nutzungsplänen, weshalb es die Beschwerde abweist soweit es darauf eintritt.



Urteil des Bundesgerichts vom 24. März 2020 (1C 134/2020)

Die Beschwerdeführenden erheben Beschwerde gegen eine Verfügung der Bundeskanzlei über das Zustandekommen eines Referendums gegen das EOG vom 4. Februar 2020. Sie machen geltend, dass entgegen der Aussage der Bundeskanzlei nicht genügend Unterschriften gesammelt worden seien, da die Unterschriften aus den Kantonen Waadt, Freiburg, Neuenburg, Genf und Wallis ungültig seien. Das Bundesgericht tritt auf die Beschwerde nicht ein, da ein Entscheid der Bundeskanzlei über das Zustandekommen, im Gegensatz zum Entscheid über das Nicht-Zustandekommen, eines Referendums gemäss Art. 80 Abs. 2 Satz 1 BPR e contrario nicht angefochten werden könne.



Urteil des Bundesgerichts vom 24. März 2020 (1C 155/2020) (franz.)

Der Beschwerdeführer wehrt sich gegen einen Entscheid des Parlaments des Kantons Waadt, welches seine Petition nach Kenntnisnahme abgeschrieben hat und ihm mitteilte, dass die dafür zuständige Kommission kein Gericht darstelle, bei welcher er als Petitionär eine Auseinandersetzung mit den angeprangerten Staatsstellen suchen könne. Das Bundesgericht tritt mangels Rechtsschutzinteresse nicht auf die Beschwerde ein.

2.2 Kantonale Entscheide



Urteil des Verwaltungsgerichts Zürich vom 25. März 2020 (VB.2019.00841)

Die Beschwerdeführerinnen beschwerten sich gegen einen Nichteintretensentscheid des Bezirksrats Horgen, welcher den Stimmrechtsrekurs gegen eine Urnenabstimmung der Gemeinde Kilchberg aufgrund der verpassten Frist nicht an die Hand nahm. Das Verwaltungsgericht schützt die Ansicht des Bezirksrates, dass es sich inhaltlich um einen Stimmrechtsrekurs handle und deshalb die kurze Frist von 5 Tagen hätte eingehalten werden müssen. Immerhin heisst das Verwaltungsgericht die Beschwerde im Kostenpunkt gut, da der Bezirksrat das Anliegen nicht als offensichtlich aussichtslos qualifizieren durfte.



2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)

keine

3. Neue Volksinitiativen



Überblick hängige Volksinitiativen¹

- Initiativen im Sammelstadium ([15](#)) (0)
- In Auszählung ([1](#)) (0)
- Beim Bundesrat hängig ([7](#)) (-1)
- Beim Parlament hängig ([10](#)) (+1)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([1](#)) (0)



Botschaft des Bundesrates vom 6. März 2020

In seiner Botschaft zur Volksinitiative „Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern“ empfiehlt der Bundesrat dem Parlament die Ablehnung der Initiative. ([BBI 2020 2797](#))

4. Publikationen



AUER CHRISTOPH, Zur Behördenkommunikation im Vorfeld von Abstimmungen, in: ZBI 121/2020, S. 177 f. ([Swisslex](#))



BELSER EVA MARIA/STÖCKLI ANDREAS/WALDMANN BERNHARD, Der schweizerische Föderalismus funktioniert auch im Krisenmodus, in: Sonderausgabe Newsletter IFF 2/2020 ([Link](#))



BERGAMIN FLORIAN/MAZIDI SIMON, Kompetenzabgrenzungen zwischen Bund und Kantonen bei der Bekämpfung von Epidemien: Erste Einschätzungen unter besonderer Berücksichtigung der COVID-19-Verordnungen, in: Sonderausgabe Newsletter IFF 2/2020 ([Link](#))



BINDER ANDREAS/HOFSTETTER DAVID/BILAND JANINA/BOLLMANN CLAUDIA, Der Anwendungsbereich von Art. 6a COVID-19-Verordnung 2, Die Handlungsfähigkeit von sämtlichen privaten und öffentlichen Organisationen und Institutionen ist seit dem 17. März 2020 gesetzlich gewährleistet, in: Jusletter vom 6. April 2020 ([Link](#))

¹ Stand 30.04.2020.



BISAZ CORSIN, Direktdemokratische Instrumente als «Anträge aus dem Volk an das Volk», Eine Systematik des direktdemokratischen Verfahrensrechts in der Schweiz, Habil. Zürich/St. Gallen 2020 ([Link](#))



GLASER ANDREAS/LANGER LORENZ (Hrsg.), Das Parlamentswahlrecht als rechtsstaatliche Grundlage der Demokratie, Zürich/Baden-Baden/Wien 2020 ([Flyer](#))



LANGER LORENZ, Behördliche Stellungnahmen und der Schutz der freien Willensbildung: Grenzen der Kategorisierung, in: ZBI 121/2020, S. 179 ff. ([Swisslex](#))



LANGER LORENZ, Bundesgericht, I. öffentlich-rechtliche Abteilung, 12. Februar 2019, 1C_24/2018 (Urteilsbesprechung), in: ZBI 121/2020, S. 206 ff. ([Swisslex](#))



LANGER LORENZ, Bundesgericht, I. öffentlich-rechtliche Abteilung, 12. März 2019, 1C_247/2018, 1C_248/2018 (Urteilsbesprechung), in: ZBI 121/2020, S. 223 ff. ([Swisslex](#))



SCHMITT NICOLAS, Etude comparative sur les réglementations cantonales d'urgence relatives au Coronavirus/COVID-19, in: Sonderausgabe Newsletter IFF 2/2020 ([Link](#))



5. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
Newsletter: [An- und Abmeldung](#)
Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidsammlung des Bundesgerichts:
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Kontakt:

Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte, sowie Staats- und Rechtsphilosophie
Rechtswissenschaftliche Fakultät
Universität Zürich
lst.kley@rwi.uzh.ch

Redaktion

Sandro Trapani
Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Kley
Michael Helbling, MLaw